SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Bekommen wir "politikverdrossene" Lehrer? - Ergebnisse einer ersten empirischen Annäherung bei Lehramtsstudierenden

Boeser-Schnebel, Christian

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Boeser-Schnebel, C. (2014). Bekommen wir "politikverdrossene" Lehrer? - Ergebnisse einer ersten empirischen Annäherung bei Lehramtsstudierenden. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, *63*(4), 491-503. https://doi.org/10.3224/gwp.v63i4.17260

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-96343-7

Bekommen wir „politikverdrossene" Lehrer? – Ergebnisse einer ersten empirischen Annäherung bei Lehramtsstudierenden

Christian Boeser-Schnebel

Zusammenfassung
In vielen Studien werden Bürger dazu befragt, wie sie über Politik denken. Bislang nur wenig untersucht ist hingegen, was in der politischen Bildung Tätige für ein Politikbild haben. Am Beispiel von Lehramtsstudierenden wird dieser Frage nachgegangen.

„Schwachpunkt unserer Demokratie: die Bürger" (Patzelt 2009, S. 12). – Der Dresdner Politikwissenschaftler Werner J. Patzelt befasst sich seit Jahren mit der Frage, warum die Bürger in Deutschland politischen Institutionen, insbesondere dem Bundestag, und politischen Akteuren, vor allem Parteien und Politikern, so skeptisch gegenüber stehen. Patzelt nimmt neben der politischen Bildung auch die Bürger kritisch in den Blick und fordert:

„Politische Bildner dürften … nicht mehr politikerscheltend den Leuten nach dem Munde reden, sondern müssten ganz Anderes behaupten: Unsere politischen Institutionen sind gut, unsere Politiker brauchbar – doch Schwachpunkt unserer Demokratie ist die Bürgerschaft mit ihren fossilisierten Vorurteilen, durch Halbbildung überwucherten Wissenslücken und einem bloß aufgesetzten Begehren nach politischem Engagement, bei dem man sie – bitte! – nicht über die Spaßgrenze hinaus fordern soll" (Patzelt 2009, S. 13).

Die Umsetzung dieser Forderung setzt allerdings voraus, dass die politischen Bildner selbst *anders* über Politik und Politiker denken, als es die Mehrheit der Bevölkerung tut. Und dies ist keineswegs gewiss.

Vielmehr gibt es Hinweise darauf (z.B. Schöne 2010; Dippelhofer 2011), dass auch bei angehenden Lehrern eine negative Grundhaltung gegenüber politischen Instituti-

Dr. Christian Boeser-Schnebel, Akademischer Oberrat
Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung, Universität Augsburg

onen, Prozessen und Akteuren, insbesondere gegenüber Politikern, zu finden ist. Vor diesem Hintergrund wird gefragt, ob und inwieweit angehende Lehrer „politikverdrossen" sind. Die Studie nimmt bewusst nicht nur die künftigen Fachlehrer in den Blick, da Politik zum einen oftmals fächerübergreifend angelegt ist und zum anderen oft fachfremd unterrichtet wird.

Die durchgeführte Untersuchung erhebt nicht den Anspruch auf Repräsentativität, will aber Hinweise auf die Relevanz der Fragestellung und die Eignung verschiedener Erhebungsinstrumente geben.

1. Forschungsstand

Wenn es um Einstellungen gegenüber Politik und Politikern geht, kommt man kaum an dem Begriff der „Politikverdrossenheit" vorbei. Politikverdrossenheit ist allerdings ein „Modewort der Massenkommunikation" sowie „ein vieldeutiger und unscharfer Begriff" (Fuchs 2002, S. 339; vgl. zur Diskussion insbesondere Arzheimer 2002). Für den wissenschaftlichen Diskurs wird in der Politikwissenschaft der Begriff der „politischen Unterstützung" favorisiert. „Darunter wird eine Einstellung verstanden, mit deren Hilfe sich eine Person bewertend, also positiv oder negativ, gegenüber einem politischen Objekt orientiert" (Fuchs 2002, S. 339). Easton (1965) unterscheidet zwischen verschiedenen Unterstützungsobjekten und verschiedenen Orientierungsweisen. In der Weiterentwicklung durch Fuchs (1989), die dem Forschungsprojekt zugrunde gelegt wird, lässt sich das wie folgt darstellen:

Tabelle 1: Orientierungs-Objekte und -Modi politischer Unterstützung

		Orientierungs-Objekte		
		Politische Gemeinschaft	***Regime***	***Autoritäten***
	Expressiv	Identifikation mit der politischen Gemeinschaft	Identifikation mit dem Regime	Identifikation mit den Autoritäten
Orientierungs-Modi	*Moralisch*	Legitimität der politischen Gemeinschaft	Legitimität des Regimes	Legitimität der Autoritäten
	Instrumentell	Effektivität der politischen Gemeinschaft	Effektivität des Regimes	Effektivität der Autoritäten

Quelle: Fuchs 1989

Überblicksarbeiten zur Politikverdrossenheit gibt es viele (z.B. Fuchs 2002; Weßels 2008; Fuchs/Roller 2008). Mit Hilfe der dargestellten Übersicht von Fuchs lassen sich diese gut verorten und problematische Felder identifizieren. So ist ein immer wieder bestätigtes Ergebnis, dass, anders als beispielsweise die Legitimität des Regimes, insbesondere die Legitimität der Autoritäten gering ist (Fuchs 2002, S. 341f): Politiker sind sogar die Berufsgruppe, der am wenigsten vertraut wird, mit weiterhin sinkender Tendenz. Beispielsweise ermittelt der GfK-Vertrauensindex für 2011, dass gerade einmal 9% der Deutschen ihren Politikern vertrauen. Zum Vergleich: Werbefachleuten vertrauen 33%.[1]

Die geringe Legitimität der Autoritäten kann dabei sowohl durch das Verhalten der politischen Akteure selbst als auch durch unangemessene Erwartungen begründet sein. Und an dieser Stelle werden die Bedeutung von Wissen und einer niveauvol-

len Auseinandersetzung mit Politik deutlich, weshalb in der Tat auch der Bürger kritisch in den Blick zu nehmen ist (vgl. Boeser/Schnebel 2013). Die Unkenntnis oder Ignoranz gegenüber Politik zeigt beispielsweise eine Forschungsübersicht (Maier/Glantz/Bathelt 2009) zu der Frage „Was wissen die Bürger über Politik?". Nach der Betrachtung bislang durchgeführter Studien zu dieser Frage, kommen die Autoren zu dem ernüchternden Fazit: „Mit Blick auf das politische Wissen ist zwischenzeitlich gut belegt, dass zwischen dem Ideal des gut informierten – und damit prinzipiell zu ‚rationalen' Entscheidungen fähigen Bürgers – und der Realität eine erhebliche Diskrepanz besteht" (ebd., S. 577).

Wie steht es nun um die Einstellungen von angehenden Lehrern? Ergebnisse weisen hier auf Defizite hin, so eine Studie zu Interesse und demokratischen Vorstellungen von Lehramtsstudierenden (Dippelhofer 2011), in der als Fazit festgehalten wird, dass „die demokratischen Prinzipien, die sie vertreten, von gewisser Indifferenz und Ambivalenz gezeichnet" seien (ebd., S. 53).

Ähnlich auch die Untersuchung von Helmar Schöne (2010), der Gruppendiskussionen mit Lehramtsstudierenden und Lehramtsanwärtern führte. Seine Forschungsfrage: „Welche – kollektiven – Orientierungsmuster existieren gegenüber Parlamenten und Abgeordneten" (ebd., S. 92)? Schöne schließt sich der eingangs geschilderten Auffassung von Patzelt an und betont insbesondere den Alltagsdiskurs über Politik: „Indem die anhand antiquierter Vorstellungen gebildeten Urteile über unsere politischen Institutionen in der Alltagskommunikation vieltausendfach vermittelt werden, tragen sie zur Vertrauenskrise bei, die sich in den Daten der Umfrageforscher zeigt" (ebd., S. 94). In den Gruppendiskussionen identifiziert Schöne einige Spannungen zwischen normativen Erwartungen der angehenden Lehrer und der institutionellen Realität (siehe Tabelle).

Tabelle 2: Normative Erwartungen zur Arbeitsweise politischer Institutionen und institutionelle Realität

Normative Erwartungen	***Institutionelle Realität***
Entscheidungsprozesse: Konsens, wenige Entscheidungsalternativen	Entscheidungsprozesse: Konflikte, Dissensmanagement/Kompromisse, Berücksichtigung verschiedener Interessen
transparente Entscheidungen	Institutionen: eigene Rollen und Normen; Repräsentationsprinzip schließt Bürger von Entscheidungen aus => Entscheidungen intransparent und von außen schwer nachvollziehbar
Ablehnung von Interessensgruppen	Pluralismus: Vielzahl von Interessensgruppen
Opposition: Unterstützung der Regierung, Mitarbeit	Aufgabe der Opposition: Kritik an der Regierung
Abgeordnete als unabhängige Laienpolitiker	Parteipolitiker/Berufspolitiker

Quelle: Schöne 2010, S. 99

Schöne führt aus: „Die Rekonstruktion der Gruppendiskussionen und das dabei entstandene Gesamtbild legen die Existenz eines grundlegenden Widerspruchs zwischen Verhandlungsprozessen und Kompromisslösungen, die demokratischem Regieren nun einmal inhärent sind, und dem Wunsch der Bürger nach Konsens, Interessenidentität und effizienten Entscheidungen nahe" (ebd., S. 100). Abgelehnt werden politischer Streit, Parteien, Interessengruppen und Berufspolitiker (ebd.).

2. Ergebnisse einer Befragung von Lehramtsstudierenden

Die hier vorgestellte Untersuchung greift insbesondere die referierte Studie von Schöne sowie die Arbeiten von Patzelt auf und ist als Vorstudie konzipiert, die zum einen Hinweise auf die Relevanz der angesprochenen Problematik geben soll und zum anderen hinsichtlich der Messbarkeit der untersuchten Konstrukte Fortschritte bringen soll.[2] Aus Gründen der einfachen Erreichbarkeit, wurde, ähnlich wie bei Schöne, der Fokus auf Lehramtsstudierende gelegt. Ein besonderes Augenmerk lag auf dem Vergleich von künftigen Politiklehrern mit Lehramtsstudierenden anderer Fächer.

Befragt wurden Ende des Wintersemesters 2010/2011 Studierende in Vorlesungen für Studienanfänger an der Universität Augsburg und der Justus Liebig-Universität Gießen.[3] In die eigentliche Auswertung wurden nur Studierende aufgenommen, die sich zum Wintersemester 2010/2011 im ersten Fachsemester befanden.[4] Aufgrund der in der Forschung immer wieder bestätigten Relevanz der Kategorie Geschlecht für das Interesse an Politik und auch für politische Lernprozesse, wird in der tabellarischen Darstellung zum Sample (und wo nötig auch in der Ergebnisdarstellung) zwischen den Geschlechtern differenziert (vgl. zum Forschungsstand Boeser 2012).

Tabelle 3: Sample der Befragung

	Lehramt mit Fach Politik	Lehramt ohne Fach Politik	Gesamt
Weiblich	44	100	144
Männlich	34	22	56
Gesamt	78	122	200

Die Ergebnisdarstellung umfasst vier Bereiche und bezieht sich zum Teil auf gängige Erhebungsinstrumente und zum Teil auf Neuentwicklungen: Die politische Unterstützung, die demokratischen Grundeinstellungen, die normativen Erwartungen zur Arbeitsweise politischer Institutionen und das Wissen über den Bundestag. Unterschiede zwischen angehenden Fachlehrern und sonstigen Lehrern werden nur genannt, wenn sie signifikant sind. Eine Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse wird nicht behauptet. Der Anspruch ist vielmehr, wie schon genannt, Hinweise für die Relevanz der Thematik und für die Messbarkeit der untersuchten Konstrukte zu geben.

2.1 Politische Unterstützung

Die Studie untersuchte mithilfe gängiger Instrumente die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft, die Legitimität und Effektivität des Regimes sowie die Legitimität und Effektivität der Autoritäten.

Identifikation mit der politischen Gemeinschaft

Die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft wurde über drei Variablen ermittelt, die „Verbundenheit mit Deutschland", die Wahlbeteiligung und das politische Interesse. Insgesamt sprechen die Ergebnisse bei den Befragten für eine hohe und insbesondere bei den angehenden Politiklehrern für eine überdurchschnittliche Identifikation. So fühlen sich 81% der künftigen Lehrer stark oder sehr stark mit Deutsch-

land verbunden.[5] Bemerkenswert ist eine sehr hohe Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009: 91,4% der Befragten geben an, bei der letzten Bundestagswahl gewählt zu haben.[6] Bei den Studierenden, die das Unterrichtsfach Politik belegen, findet sich darüber hinaus auch noch ein großes Interesse für Politik: 67,4% der weiblichen und 70,6% der männlichen Studierenden erklären, sich sehr stark oder stark für Politik zu interessieren. Bei den Lehramtsstudierenden ohne Politik sind die Werte deutlich geringer und liegen bei den Studenten im Bevölkerungsschnitt, bei den Studentinnen deutlich darunter (siehe Tabelle).[7]

Tabelle 4: Prozentsatz der Studierenden, die sich sehr stark oder stark für Politik interessieren

	Männlich	Weiblich
Mit Fach Politik	70,6%	67,4%
Ohne Fach Politik	36,3%	11,1%

Legitimität und Effektivität des Regimes

Die Legitimität des Regimes ist bei den Befragten hoch, nimmt man einen gängigen Indikator als Grundlage. So findet sich eine sehr hohe Zustimmung zur Demokratie als Staatsform: 93% kreuzen an, die Demokratie sei die beste Staatsform.[8] Anders ist das Ergebnis bei zwei verwendeten Items zur Messung der Legitimität eines Regimes (vgl. Fuchs 1989, S. 39): Lediglich 56,8% stimmen der Aussage zu, das politische System in Deutschland sei gerecht und fair (abgelehnt wird diese Aussage von 26,4%; der Rest ist neutral). Und nur 63,8% bejahen die Aussage, unser politisches System schütze die grundlegenden Freiheiten der Bürger (Ablehnung durch 21,1%). Die Werte bei den angehenden Politiklehrern sind hier zwar deutlich höher, d.h. sie sprechen dem Regime eine höhere Legitimität zu als die Lehramtsstudierenden anderer Fächer. Dennoch gibt es auch hier eine relevante Gruppe, die hinsichtlich der Legitimität des Regimes Vorbehalte hat. Eine ähnlich große Gruppe mit Vorbehalten findet sich auch bei der Frage, ob öffentlichen Institutionen vertraut wird. Bei der Justiz (19,5%) und der Polizei (18,0%) ist die Gruppe derjenigen, die diesen Institutionen nicht vertrauen, noch relativ klein, bei der öffentlichen Verwaltung (32,0%) gehören ihr schon knapp ein Drittel an. Beim Vertrauen in den Bundestag unterscheiden sich die Lehramtsstudierenden mit Fach Politik von den anderen dahingehend, dass bei ersteren nur 23,1% explizit eher Misstrauen ausdrücken. Bei den anderen Fachlehrern erklären 38,5% ihr Misstrauen. Hinsichtlich der Effektivität des Regimes sind die Werte ähnlich: 70,5% der Befragten erklären, dass sie mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden oder eher zufrieden sind.

Insgesamt ergibt sich also ein differenziertes Bild: Trotz grundsätzlicher Wertschätzung gegenüber der Demokratie als Staatsform gibt es eine Minderheit von ca. einem Drittel, die hinsichtlich der Legitimität und Effektivität des Regimes skeptisch ist, die Studierenden mit dem Fach Politik etwas weniger als die anderen. Sehr viel deutlicher noch zeigt sich eine Skepsis beim nächsten Punkt, der Legitimität und Effektivität der Autoritäten.

Legitimität und Effektivität der Autoritäten

Das Vertrauen in die politischen Eliten, hier die Parteien und die Politiker, ist bei den angehenden Lehrern gering. Zwar ist der Wert bei den künftigen Politiklehrern signifikant höher, dennoch vertraut auch hier die Mehrheit nicht den Autoritäten: 59,5% der Befragten vertrauen *nicht* den Parteien (FachPolitik 51,3%, NichtFachPolitik 64,8%) und 67,5% *nicht* den Politikern (FachPolitik 60,3%, NichtFachPolitik 72,1%).[9]

Auch hinsichtlich der Effektivität der Autoritäten ist nur eine Minderheit mit der Arbeit der Bundesregierung (43,5%) und der Arbeit der Opposition auf Bundesebene (34,8%) zufrieden.[10] 46% der Befragten sind weder mit der Arbeit der Bundesregierung noch der Arbeit der Opposition zufrieden, mithin also insgesamt mit der Arbeit der Politiker unzufrieden.

Zwischenfazit

Die befragten Lehramtsstudierenden sind nicht grundsätzlich politikverdrossen. So zeigt sich eine überdurchschnittliche Identifikation mit der politischen Gemeinschaft und immerhin 2/3 der Befragten sprechen dem Regime eine hohe Legitimität und Effektivität zu. In *einer* Hinsicht ist es bei den Befragten aber durchaus angemessen von politikverdrossenen oder genauer von politik*er*verdrossenen Lehramtsstudierenden zu sprechen, nämlich hinsichtlich des geringen Vertrauens in die politischen Eliten: 67,5% der Befragten vertrauen den Politikern *nicht* (FachPolitik 60,3%, NichtFachPolitik 72,1%). Würde sich ein ähnliches Ergebnis in einer repräsentativen Befragung unter Lehrern bestätigen, müsste befürchtet werden, dass viele politische Bildner nicht nur „politikerscheltend den Leuten nach dem Munde reden" (Patzelt 2009, S. 13), sondern dass dies schlichtweg ihrer eigenen Überzeugung entspricht.

Methodisch ist die Erhebung von politischer Unterstützung, bzw. von bestimmten Bereichen politischer Unterstützung insofern hilfreich, als viele Referenzdaten bundesweiter Befragungen vorliegen. Die Entwicklung eines theoretisch fundierten, empirisch abgesicherten und in Fachkreisen akzeptierten Messinstruments steht allerdings nach wie vor aus und ist auch nach den Ergebnissen der vorgestellten Befragung unrealistisch, da die einzelnen Bereiche nur wenig miteinander korrelieren (vgl. Arzheimer 2002).

2.2 Demokratische Grundeinstellungen

Seit 1968 werden demokratische Grundeinstellungen in der Meinungsforschung über neun Items erhoben, vier beziehen sich auf demokratische Grundwerte und fünf auf die demokratische Konfliktregelung (vgl. z.B. Bauer-Kaase 1994; Dippelhofer 2011).

Bei den Lehramtsstudierenden ist die Zustimmung zu den vier Items, mit denen demokratische Grundwerte erhoben werden, zwar deutlich, allerdings weniger klar, als in den von Bauer-Kaase referierten repräsentativen Meinungsumfragen:[11]

- Jeder Bürger sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist (90,5% stimmen zu).
- Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen (86,5% stimmen zu).
- Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar (78,4% stimmen zu).

– Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen (60,0% stimmen zu).

Die fünf Items, die für eine undemokratische Konfliktregelung stehen, werden, ähnlich wie in der Gesamtbevölkerung, nur zum Teil abgelehnt:[12]

– In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen (86,4% lehnen ab).
– Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessensgruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl (50% lehnen ab).
– Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet (25,9% lehnen ab).
– Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen (19,5% lehnen ab).
– Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Sonderinteressen des Einzelnen stehen (12,6% lehnen ab).

Zwischenfazit

Insgesamt sind die Werte der befragten Studierenden bei den demokratischen Grundeinstellungen nicht günstiger als in der Gesamtbevölkerung. Dies bezieht sich auch auf die künftigen Fachlehrer, die sich kaum von den anderen Lehramtsstudierenden unterscheiden. Bemerkenswert ist, dass zwar die Bedeutung der Opposition gesehen wird, dass aber die Rolle der Opposition vielen unklar ist (vgl. hierzu auch Reinhardt 2009).[13] Damit wird auch hinsichtlich der demokratischen Grundeinstellungen die Relevanz der Fragestellung unterstrichen.

Forschungsmethodisch haben wir eine ähnliche Problematik wie bei der politischen Unterstützung: Bestehende Instrumente ermöglichen es, Vergleiche anzustellen, sind aber hinsichtlich der Messgenauigkeit fragwürdig.

2.3 Normative Erwartungen zur Arbeitsweise politischer Institutionen

Auf die Diskrepanz zwischen normativen Erwartungen zur Arbeitsweise politischer Institutionen mit der institutionellen Realität, weisen sowohl Patzelt als auch Schöne in ihren Studien hin. In der vorliegenden Untersuchung wurden zum einen die von Patzelt und Schöne identifizierten Spannungsfelder in den Blick genommen und es wurde zum anderen analysiert, wie gefestigt die entsprechenden Einstellungen sind. In Anlehnung an Patzelt wurden Aussagen, die die institutionelle Realität beschreiben,[14] Statements gegenübergestellt, die eine kritische Perspektive einnehmen.[15] Anschließend wurde gefragt, wie leicht die Entscheidung zwischen diesen Alternativen gefallen ist.

An dem Beispiel zum Thema „Politische Entscheidungsprozesse“ sei dies illustriert:

Frage 3.8.1: Wie denken Sie über politische Entscheidungsprozesse? Lesen Sie bitte zunächst die beiden folgenden Aussagen. Welcher der beiden Aussagen stimmen Sie eher zu?

Welcher Aussage stimmen Sie eher zu?	
1	Politischer Streit, mangelnde Einigkeit und der fehlende Wille zum Konsens sind Ursache für die lange Dauer politischer Entscheidungsprozesse. Wenn die Bereitschaft zur Zusammenarbeit der politischen Akteure ausgeprägter wäre, bedürfte es keiner Vermittlungsausschüsse und keiner Kommissionen, die das politische Entscheidungsverfahren unnötig verlängern und intransparent machen.
2	Es ist schon richtig, dass politische Prozesse oftmals lange dauern und kompliziert sind. Dies ist aber darauf zurückzuführen, dass es bei der Gesetzgebung darum geht, verschiedene Akteure mit ihren unterschiedlichen Interessen zu berücksichtigen und zusätzlich auch wissenschaftlichen Sachverstand zu nutzen.

Frage 3.8.2: Wie schwer ist es Ihnen gefallen, sich bei der vorherigen Frage (3.8.1) zwischen den beiden Antwortalternativen zu entscheiden?

Wie schwer fiel Ihnen die Entscheidung?	
1	Es war eher leicht, da ich hier eine eindeutige Meinung habe.
2	Es war eher schwer, da ich hier eine differenziertere Meinung habe.
3	Es war eher schwer, da ich zu diesem Thema keine Meinung habe.

Als Ergebnis lässt sich zu dieser Thematik festhalten, dass knapp 2/3 der Befragten die zweite Alternative und damit die systemunterstützende Aussage wählen. Bei der zweiten Frage, der nach der subjektiv empfundenen Schwierigkeit zur Entscheidung, geben 11% an, sie hätten Schwierigkeiten mit der Beantwortung gehabt, da sie dazu keine Meinung haben, 45% fanden es schwierig, da sie hierzu eine differenziertere Meinung haben und 44% fanden die Entscheidung leicht, da sie hier eine eindeutige Meinung haben.

Untersucht wurden neben dem Thema Entscheidungsprozesse die Themen Diäten, Nachbesserung von Gesetzen, Fraktionsdisziplin, Plenardebatte, Parteiinteressen und Interessensgruppen. Am kritischsten sind die angehenden Lehrer beim Thema Parteiinteressen. Mehr als ¾ der Befragten stimmen der Aussage zu: „Politiker haben viel zu stark Parteiinteressen und die nächste Wahl im Blick als die Interessen der Bürgerinnen und Bürger." Ähnlich kritisch ist die Einstellung zu den Diäten, hier erklären 70% ihre Zustimmung zum systemkritischen Item: „Die Diäten (Bezüge) der Abgeordneten und deren Altersversorgung sind unangemessen hoch und sorgen dafür, dass Politiker den Bezug zum Leben verlieren." Jeweils ca. 2/3 der Befragten äußern sich kritisch gegenüber der Plenardebatte des Deutschen Bundestages[16] und gegenüber der Fraktionsdisziplin.[17] Bezogen auf Interessensgruppen stimmt eine knappe Mehrheit der systemkritischen Aussagen zu.[18]

Anders die Ergebnisse bei Entscheidungsprozessen, wo 2/3 der systemunterstützenden Aussage zustimmen (siehe oben) und bei der Nachbesserung von Gesetzen, wo sogar 4/5 der Studierenden, die systemunterstützende Aussage favorisieren. [19]

Größere Unterschiede zwischen den Lehramtsstudierenden mit und denen ohne Politik zeigen sich bei den Themen Diäten und Nachbesserung von Gesetzen. Die angehenden Politiklehrer stimmen in beiden Fällen stärker als die anderen Lehrer der systemunterstützenden Aussage zu.

Ähnlich wie in den oben erwähnten Studien von Patzelt und Schöne findet sich damit bei vielen Befragten eine Spannung zwischen der institutionellen Realität und den normativen Erwartungen. Anders als bei der Untersuchung von Schöne, lässt sich in der vorliegenden Studie jedoch nicht bestätigen, dass die angehenden Lehrer Interessensgruppen deutlich ablehnen. Stark kritisiert werden allerdings, und dies entspricht wiederum den Ergebnissen Schönes oder auch Patzelts, die angebliche Fokussierung auf Parteiinteressen, die Höhe der Diäten sowie die Arbeitspraxen im Deutschen Bundestag (Stellenwert Plenumsdebatte und Fraktionsdisziplin). Bemerkenswert und durchaus positiv ist, dass viele der befragten Lehramtsstudierenden offenbar verstehen, dass politische Prozesse notwendigerweise kompliziert und langwierig sind und dass es Gründe gibt, warum Gesetze immer wieder nachgebessert werden müssen.

Interessant ist darüber hinaus die Frage, wie leicht den Studierenden die Positionierung gefallen ist. Kombiniert man die gewählten Aussagen mit der Frage, ob die Entscheidung leicht gefallen ist, lassen sich sechs Gruppen bilden:

- Unreflektiert Kritische („Keine Meinung")
  Diese Gruppe wählt die systemkritische Antwort und erklärt: „Es war eher schwer, da ich zu diesem Thema keine Meinung habe." Diese Gruppe ist bei allen Fragen sehr klein (immer unter 10%).
- Entschieden Kritische („Eindeutige Meinung")
  Diese Gruppe wählt die systemkritische Antwort und erklärt: „Es war eher leicht, da ich hier eine eindeutige Meinung habe." Diese Gruppe ist mit im Durchschnitt knapp 1/3 der Befragten die größte.
- Differenziert Kritische („Differenziertere Meinung")
  Diese Gruppe wählt die systemkritische Antwort und erklärt: „Es war eher schwer, da ich hier eine differenziertere Meinung habe." Im Durchschnitt lassen sich 1/5 der Befragten dieser Gruppe zuordnen.
- Unreflektiert Systemunterstützende („Keine Meinung")
  Diese Gruppe wählt die systemunterstützende Antwort und erklärt: „Es war eher schwer, da ich zu diesem Thema keine Meinung habe." Ähnlich wie bei den „Unreflektiert Kritischen" ist diese Gruppe sehr klein (bis auf eine Ausnahme immer unter 10%)
- Entschieden Systemunterstützende („Eindeutige Meinung")
  Diese Gruppe wählt die systemunterstützende Antwort und erklärt: „Es war eher leicht, da ich hier eine eindeutige Meinung habe." Im Durchschnitt lassen sich 1/5 der Befragten dieser Gruppe zuordnen.
- Differenziert Systemunterstützende „Differenziertere Meinung"
  Diese Gruppe wählt die systemunterstützende Antwort und erklärt: „Es war eher schwer, da ich hier eine differenziertere Meinung habe." Auch hier lassen sich im Durchschnitt 1/5 der Befragten zuordnen.

Zwischenfazit

Wie sind insgesamt die Ergebnisse zu den normativen Erwartungen einzuschätzen? Positiv ist sicherlich, dass sowohl die Gruppen der unreflektiert Kritischen als auch der unreflektiert Systemunterstützenden bei allen Fragen relativ klein sind (jeweils unter 10%). Positiv ist auch, dass im Schnitt 2/5 der Befragten entweder zu den differenziert Kritischen oder zu den differenziert Systemunterstützenden gehören, da die-

se Gruppen schon aus eigener Überzeugung heraus dem Kontroversitätsgebot des Beutelsbacher Konsenses im Unterricht Rechnung tragen dürften. Die Gruppe der entschieden Systemunterstützenden, ca. 1/5 der Befragten, läuft hingegen möglicherweise Gefahr, zu systemaffirmativ zu sein, wobei eine eindeutige systemunterstützende Positionierung durchaus auch die kritische Position mitreflektiert haben kann. Am problematischsten ist die Gruppe der entschieden Kritischen, die mit ca. 1/3 der Lehramtsstudierenden am größten ist, da diese trotz einer berechtigten, der institutionellen Realität entsprechenden Gegenaussage eindeutig die systemkritische Aussage wählt. Auch hier muss aus einer eindeutigen kritischen Haltung nicht zwingend ein einseitiger kritischer Unterricht resultieren. Schließlich würde dies auch dem Beutelsbacher Konsens widersprechen. Aber die Gefahr besteht durchaus.

Methodisch ist die Kombination normativer Erwartungen mit der Frage nach der subjektiven Schwierigkeit, sich festzulegen, Neuland. Mit diesem Vorgehen sollte der Problematik Rechnung getragen werden, dass es hinsichtlich der institutionellen Realität durchaus auch unterschiedliche Vorstellungen in Politik und Politikwissenschaft gibt (vgl. insbesondere die Arbeiten des Parteienkritikers von Arnim). Mithin ist es ein Gebot des Beutelsbacher Konsenses diese Kontroverse auch im Politikunterricht zu thematisieren. Und dafür braucht es Lehrer, die, unabhängig von ihrer persönlichen Positionierung, über einen differenzierten Blick verfügen.

2.4 Wissen über den Deutschen Bundestag

Wissen über den Bundestag wurde in Anlehnung an Patzelt (1996) hinsichtlich zweier Aspekte untersucht. Zum einen wurde gefragt, ob bestimmte Gremien und Gruppen des Bundestages bekannt sind. Zum anderen wurde nach der Bedeutsamkeit der jeweiligen Gremien bzw. Gruppen für die Arbeit des Bundestages gefragt.

Bekannt sind über 80% der Befragten Fraktionen, Ausschüsse, Koalitionsrunden, Fraktionsvorstände und der Vermittlungsausschuss. Etwas weniger als 80% kennen hingegen Fraktionsarbeitskreise und -gruppen. Am wenigsten bekannt sind Anhörungen und Hearings, hier unterscheiden sich auch die angehenden Politiklehrer von ihren Kommilitonen (MitFachPolitik 75,6% und OhneFachPolitik 63,1%). Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ist das Wissen der angehenden Lehrer damit etwas größer, als Patzelt dies ermittelte (vgl. Patzelt 1996, S. 9).

Hinsichtlich der Bedeutsamkeit der einzelnen Gremien/Gruppen ergibt sich bei den Befragten folgendes Ranking: Ausschüsse werden als am wichtigsten eingeschätzt, gefolgt von Fraktionen, Koalitionsrunden und Vermittlungsausschuss. Anhörungen/Hearings, Fraktionsarbeitskreise und -gruppen sowie Fraktionsvorstände sind nach Einschätzung der angehenden Lehrer die drei als am wenigsten wichtig eingeschätzten Gremien/Gruppen, was mit dem geringeren Bekanntheitsgrad korrespondiert.

Zwischenfazit

Hinsichtlich des hier abgefragten Wissens über den Bundestag ist ein kritischer Blick auf die befragten Lehramtsstudierenden nicht angemessen, insbesondere dann nicht, wenn man sie mit der Gesamtbevölkerung vergleicht. Bemerkenswert ist allerdings, dass gerade Anhörungen und Hearings, also Orte einer bewusst um Sachlichkeit bemühten politischen Auseinandersetzung, vergleichsweise wenig bekannt sind.

Fraglich ist aber insgesamt, ob das abgefragte Faktenwissen zum Bundestag überhaupt relevant ist für politische Einstellungen, was von Patzelt behauptet wird (siehe hierzu den nächsten Punkt).

3. Fazit

Die geringe Legitimation der Eliten bei den Befragten, insbesondere bei den Lehramtsstudierenden ohne das Fach Politik, ist vielleicht das markanteste Ergebnis der Untersuchung. Sollte sich ein derartiges Ergebnis in repräsentativen Befragungen bei Lehrern bestätigen, wäre die Einstellung vieler Lehrer etwas, was eine wahrscheinlich schon bestehende Negativspirale zwischen der Politikerverdrossenheit der Bürger und der Bürgerverdrossenheit der Politiker weiter verstärken könnte und deshalb problematisiert werden müsste (vgl. z.B. Bundeszentrale 2010; Blome 2011; Boeser/Schnebel 2013).

Im Rahmen einer heuristischen Auswertung wurde der Fokus deshalb auf das geringe Vertrauen gelegt, welches die befragten Lehramtsstudenten gegenüber Politikern empfinden. Da dieses sehr hoch mit dem Vertrauen in den Bundestag und in die Parteien korreliert, wurden diese Institutionen in die Auswertung miteinbezogen. Hierzu wurden zwei Gruppen verglichen, und zwar jeweils diejenigen, die dem Bundestag, den Parteien und den Politikern eher vertrauen, mit denjenigen, die eher nicht vertrauen. Und tatsächlich sind die Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen erheblich. Zum einen sind die Lehramtsstudierenden mit Fach Politik in derjenigen Gruppe überrepräsentiert, die den genannten Institutionen und Akteuren eher vertrauen. Zum anderen finden sich bei mehreren der erhobenen Variablen signifikante Unterschiede.

Diejenigen, die dem Bundestag, den Parteien und den Politikern eher vertrauen, interessieren sich mehr für Politik, sind zufriedener mit der Demokratie, sprechen dem politischen Regime eine höhere Legitimität zu, identifizieren sich stärker mit der politischen Gemeinschaft, haben ein größeres Bewusstsein für die Bedeutung der Opposition und haben eine systemunterstützende Position zu Diäten und Parteiinteressen. Betrachtet man zusätzlich noch den Gruppenvergleich „Vertrauen in Politiker“ zeigt sich auch ein Unterschied dahingehend, dass diejenigen die den Politikern eher vertrauen, bei der Thematik Nachbesserung von Gesetzen ebenfalls die systemunterstützende Position wählen.

Bezogen auf das Wissen über den Deutschen Bundestag bestehen überraschenderweise keine durchgängigen Unterschiede. Allerdings weist zumindest der Gruppenvergleich hinsichtlich des Vertrauens in Politiker bei zwei Wissensvariablen signifikante Unterschiede auf: Kenntnis von Fraktionsarbeitskreisen und -gruppen sowie Kenntnis von Fraktionsvorständen.

Damit finden sich auch in der hier dargestellten Untersuchung Hinweise auf die von Patzelt und Schöne vermuteten Zusammenhänge zwischen Wissen und Politikverdrossenheit bzw. zwischen den mit der institutionellen Realität kollidierenden normativen Erwartungen und Politikverdrossenheit. Eine weiterführende Studie sollte hier aufbauen und den Zusammenhang zwischen Wissen, normativen Erwartungen, Einstellungen sowie der Haltung als Lehrender in den Fokus nehmen. Aufgrund der damit verbundenen erheblichen methodischen Herausforderungen und aufgrund der oben angedeuteten Probleme mit bestehenden Messinstrumenten erscheint hier die interdisziplinäre Kooperation zwischen Wissenschaftlern aus den Gesellschaftswissenschaften und der Fachdidaktik sinnvoll.

Anmerkungen

1 http://www.gfk.com-/imperia/md/content/presse/pressemeldungen_2011/20110617_trust_index_dfin.pdf, aufgerufen am 12.04.2013
2 An der Untersuchung mitgewirkt haben Can Atalay, Gilak Darwichpour und Frank Wagner, denen ich herzlich danke.
3 Die Durchführung der Untersuchung an zwei Universitäten war nötig, da auf der einen Seite in Gießen keine Erhebung bei allen Lehramtsstudierenden möglich war und da auf der anderen Seite in Augsburg nur wenige Lehramtsstudierende das Fach Politik studieren. Dies schränkt die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse dieser Vorstudie natürlich ein.
4 Ursprünglich war die Untersuchung als Längsschnittstudie (Panelstudie) angelegt. Aufgrund des geringen Rücklaufs einer zum Ende des Studiums erfolgten Online-Befragung sind über die Entwicklung während der Studienzeit jedoch keine belastbaren Aussagen möglich. Eine Folgestudie sollte deshalb bewusst Lehramtsstudierende in der Schlussphase ihres Studiums und/oder Lehrer in den Fokus nehmen.
5 Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung (Westdeutschland) gehörten 2006/07 78% zu dieser Gruppe, bei den 18-34jährigen 73% (Fuchs/Roller 2008, S. 400).
6 Zum Vergleich: Bei der Gesamtbevölkerung lag 2009 die Wahlbeteiligung bei 71,4%, bei den unter 21jährigen bei 63% und bei den 21-25jährigen bei 59,1% (http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/veroeffentlichungen/heft4.pdf, aufgerufen am 18.09.2013).
7 Das Interesse der Bürger an Politik wird seit 1969 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen über die Frage erhoben: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ Antwortmöglichkeiten: sehr stark, stark, mittel, wenig, überhaupt nicht (Weßels 2008, S. 391). In der Gesamtbevölkerung (Westdeutschland) ließen sich 2006 30% der Gruppe der an Politik Interessierten zuordnen (ebd., S. 392).
8 Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung (Westdeutschland) waren dies 2006/07 89% (Fuchs/Roller 2008, S. 397), in der Altersgruppe der 18-34jährigen waren es im Westen 2006/2007 86% (ebd., S. 399).
9 Zum Vergleich: Laut einer Forsa-Umfrage von 2013 vertrauen aktuell gerade einmal 18% der Deutschen den politischen Parteien: http://de.statista.com/statistik/daten/studie/3612/umfrage/institutionen-denen-die-deutschen-vertrauen/, aufgerufen am 17.09.2013
10 Zum Vergleich: Im September 2013 erklärten in einer Befragung von ARD-Deutschland Trend 47%, dass sie zufrieden oder sehr zufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung sind: http://de.statista.com/statistik/daten/studie/2953/umfrage/zufriedenheit-mit-der-arbeit-der-bundesregierung/, aufgerufen am 15.11.2013
11 Kritisch anzumerken ist an diesem Erhebungsinstrument, dass der Reliabilitätskoeffizient mit 0,65 bei diesen vier Items nicht mehr im akzeptablen Bereich liegt.
12 Auch hier ist der Relabilitätskoeffizient mit 0,37 nicht akzeptabel.
13 Die Formulierung des Items „Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.“ ist allerdings auch fragetechnisch problematisch, da die „richtige“ Antwort (lehne ab) auf eine doppelte Verneinung hinausläuft, was in Fragebogenstudien vermieden werden sollte.
14 Hier als „systemunterstützend“ bezeichnet.
15 Hier als „systemkritisch“ bezeichnet.
16 Zustimmung bei der folgenden Aussage: „Ich habe oft den Eindruck, dass die Bundestagsabgeordneten bei den Debatten gar nicht mehr auf die Argumente der anderen eingehen, sondern von vornherein feststehende Meinungen vortragen. Hier wird gar nicht versucht, andere zu überzeugen. Das ist aber nicht der Sinn einer Bundestagsdebatte.“
17 Zustimmung bei der folgenden Aussage: „Ich finde, dass sich jeder Abgeordnete selber eine eigene Meinung bilden und dann auch dementsprechend abstimmen sollte. Es macht nichts, wenn Abgeordnete einer Partei oder einer Fraktion unterschiedliche Standpunkte vertreten und auch verschieden abstimmen.“
18 Zustimmung bei der folgenden Aussage: „Der Einfluss von Interessensgruppen auf die Politik ist viel zu groß. Es stehen nicht die Interessen der Wählerinnen und Wähler im Mittelpunkt, sondern die von Lobbyisten.“
19 Zustimmung bei der folgenden Aussage: „Es stimmt schon, dass Gesetze oft nachgebessert werden müssen. Dies liegt aber an der Komplexität moderner Gesellschaften, in denen die Auswirkungen politischer Entscheidungen oft nicht vorhersehbar sind. Das hat zur Folge, dass Wirkungen und unbeabsichtigte Nebenwirkungen manchmal nicht den Zielen entsprechen.“

Literatur

Arzheimer, Kai 2002: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs. Wiesbaden

Bauer-Kaase, Petra 1994: Die Entwicklung politischer Orientierungen in Ost- und Westdeutschland seit der Deutschen Vereinigung. In: Niedermayer, O.; Stöss, R. (Hg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen, S. 266-297

Blome, Nikolaus 2011: Der kleine Wählerhasser. Was Politiker wirklich über die Bürger denken. München

Boeser, Christian 2012: Politikdidaktik. In: Kampshoff, Marita; Wiepcke, Claudia (Hg.): Handbuch Geschlechterforschung und Fachdidaktik. Wiesbaden, S. 229-243

Boeser, Christian; Schnebel, Karin B. 2013: Über „dumme Bürger“ und „feige Politiker“. Streitschrift für mehr Niveau in politischen Alltagsgesprächen. Wiesbaden

Bundeszentrale für politische Bildung 2010: Das Image der Politik und der Politiker. Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung politischer Akteure. Bonn

Dippelhofer, Sebastian 2011: Politisch-demokratische Orientierungen von Lehramtsstudierenden – Empirische Hinweise aus zwei Erhebungen. Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 1/2011, S. 45-56

Easton, David 1965: A Systems Analysis of Political Life. New York

Fuchs, Dieter 1989: Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen

Fuchs, Dieter 2002: Politikverdrossenheit. In: Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen, Sylvia; Neller, Katja (Hg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. 2., völlig überarb. und aktualisierte Aufl. Wiesbaden, S. 338-343

Fuchs, Dieter; Roller, Edeltraud 2008: Einstellungen zur Demokratie. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 397-401

Maier, Jürgen; Glantz, Alexander; Bathelt, Severin 2009: Was wissen die Bürger über Politik? Zur Erforschung der politischen Kenntnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 2008. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 40, H. 3, S. 561-578

Patzelt, Werner J. 1996: Ist der Souverän unaufgeklärt? Die Ansichten der Deutschen über Parlament und Abgeordnete. Unveröffentlichter Forschungsbericht. Dresden

Patzelt, Werner J. 2009: Politikfern sind die Ahnungslosen. In: kursiv – JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG, H. 01, S. 12-17

Reinhardt, Sibylle 2009: Ist soziales Lernen auch politisches Lernen? Eine alte Kontroverse scheint entschieden. In: Gesellschaft • Wirtschaft • Politik, Jg. 58, H. 1, S. 119-125

Schöne, Helmar 2010: Politische Institutionen im Urteil von Lehramtsstudierenden und Lehramtsanwärtern. Gesellschaft • Wirtschaft • Politik. Jg. 59, H. 1, 2010, S. 91-104

Weßels, Bernhard 2008: Politische Integration und politisches Engagement. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Datenreport/Statistisches Bundesamt, 12.2008), S. 391-396